

Parteien zur Außen- und Sicherheitspolitik

Bürger Fragen – Politiker antworten

Auf Einladung der Osnabrücker Friedensinitiative (*OFRI*) und weiterer Osnabrücker Organisationen (*ev.-ref. Gemeinde Osnabrück, Erich-Maria-Remarque-Gesellschaft, amnesty international Osnabrück, Hans-Calmeyer Initiative*) diskutieren am 27.8.09 im *Cafe Spitzboden der Lagerhalle* die 5 Kandidaten der im Bundestag vertretenden Parteien unter der Leitung von Prof. Dr. Mokrosch vor ca. 80 Zuhörern *Fragen zur Außen- und Sicherheitspolitik und welche Rolle zukünftig die Bundeswehr und Zivile Friedenssicherung spielen soll.*

Ein Themenschwerpunkt war der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan. Obwohl eine überwältigende Mehrheit der Bundesbürger diesen militärischen Einsatz ablehnt, hat sich der Bundestag mit Mehrheit für den Verbleib der Bundeswehr in diesem Land ausgesprochen. Angesprochen auf diesen Gegensatz nahmen die Kandidaten der im Bundestag vertretenden Parteien dazu Stellung. Alle Vertreter sprachen sich für eine Ausweitung des zivilen Aufbaus in Afghanistan aus. Allerdings fragte sich das Publikum, warum dies nicht bereits geschehen ist, denn der Krieg dort dauere schon mehr als acht Jahre und hat das Chaos dort nur vergrößert. *Weiterhin wurde angefragt, ob bei dieser Übereinstimmung damit zu rechnen sei, dass nach der Wahl eine fraktionsübergreifende Initiative zur massiven Aufstockung der zivilen Mittel führen würde.* Frau Kaminski (Linke) und Herr Nüsslein (Grüne) stellten fest, dass das Militär den Einsatz ziviler Maßnahmen mehr behindere als befördere. Dies ist für die Linke auch der Grund, warum alle Soldaten aus Afghanistan abgezogen werden sollten. Herr Nüsslein verwies darauf, dass sich der eigentliche Feind in Pakistan befände und nicht in Afghanistan. Er sprach sich für ein zweijähriges Moratorium aus. Die Kandidaten der FDP (Herr Thiele), CDU (Herr Middelberg) und SPD (Herr Spiering) betonten dagegen die Notwendigkeit der Präsenz der Bundeswehr solange dort die Sicherheitslage so unstabil sei. Eine pazifistische Haltung, so der SPD-Kandidat Spiering, helfe da nicht weiter.

So lange elementare Menschenrechte in Afghanistan verletzt würden, müsse man auch militärisch präsent sein, was die Zuhörer zu der Frage nach einem dann notwendigen Eingreifen auch in anderen Staaten veranlasste. Eine Antwort blieben die Befürworter des Bundeswehreinsatzes schuldig.

Alle Kandidaten nannten als Voraussetzung für Auslandseinsätze *ein Mandat nach den Vorgaben der UN-Charta* und sprachen sich gegen die Absicherung wirtschaftlicher Interessen durch Militäreinsätze aus.

Bezogen auf die Wehrpflicht forderten alle Kandidaten mehr Wehrgerechtigkeit. Da diese nicht gegeben sei, sprach sich die Kandidatin der Linken für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Dass Frauen jetzt auch an die Waffen dürfen, ist für Frau Kaminski kein Fortschritt *feministischer Emanzipation*. Der Grünen-Kandidat befürchtet eine weitere Zunahme der jetzt schon vorhandenen Brutalität in der Truppe, falls sie nur aus Freiwilligen *bestände*. Ähnlich äußerte sich der SPD-Vertreter. Für ihn gehört auch die Zivilgesellschaft *mit ihren immer wieder kritischen Fragen* in die Bundeswehr. Er sprach sich vehement gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern aus, *auch wenn dies* von Bundesinnenminister Schäuble immer wieder zur Diskussion gestellt wird.

Alle Parteien sprachen sich für eine weltweite nukleare Abrüstung aus, wobei Herr Middelberg (CDU) einschränkte, dass dies nur möglich sei, wenn auch der Iran *sich auf einen Atomwaffenverzicht einlassen würde*. Herr Thiele (FDP) setzt auf mehr Diskussion mit dem Regime bevor Sanktionen ergriffen werden sollten. Herr Spiering (SPD) *befürwortete* einen Ausstieg aus der Kernenergie ein, um damit ein Signal an andere Staaten zu geben.

Die von einigen *Natostrategen im Januar 2008* geforderte atomare Erstschlagsoption wurde von den Grünen klar abgelehnt *und stieß auch bei den anderen Kandidaten auf keine Zustimmung*. Frau Kaminski von den Linken forderte außerdem auch die Einstellung der

Atomforschung in Deutschland, da die Ergebnisse auch in anderen Staaten exportiert *und für militärische Zwecke mißbraucht werden könnten.*